

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Preissteigerung bekämpfen – Schutzschirm gegen die Inflation

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland erlebt derzeit den größten Teuerungsschub seit 40 Jahren, befeuert durch eine Reihe trauriger Rekorde: eine Rekordinflation – mit derzeit über sieben Prozent, eine Rekordniedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und eine Rekordverschuldung durch die Bundesregierung. Im Ergebnis haben die Bürgerinnen und Bürger durch Inflation und Null- oder gar Negativzinsen mit einer doppelten Entwertung ihrer Kaufkraft zu kämpfen – einer Entwertung ihrer Einkommen und einer Entwertung ihres Ersparnis. Dies betrifft ganz besonders auch die angesparte Altersvorsorge – hier müssen viele Bürgerinnen und Bürger gerade zusehen, wie ihr kleines Vermögen für das Alter dahinschmilzt. Auch die hohen Energiekosten und Spritpreise führen zu erheblichen Mehrbelastungen für Millionen Bürgerinnen und Bürgern, Pendlern und Unternehmen. Zusätzlich drohen angesichts immer neuer Teuerungsnachrichten auch steigende Inflationserwartungen und damit einhergehend die Gefahr eines sich selbstverstärkenden Inflationsanstiegs.

Wir stehen fest zur Unabhängigkeit der EZB. Dies setzt aber voraus, dass die EZB ihren Stabilitätsauftrag ernst nimmt und auch ernsthaft verfolgt. Die gegenwärtige EZB-Politik ist der Lage nicht angemessen.

Die Geldpolitik der EZB kann jedoch nicht die Entschuldigung sein für eine verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland. Auch wenn Inflation besonders Haushalte mit geringen Einkommen belastet, ist sie längst in der Breite der Gesellschaft angekommen – die Regierung entlastet aber nicht in der Breite der Gesellschaft. Anstatt inflationsbedingte staatliche Mehreinnahmen einzusetzen, um die Inflationslasten effektiv zu mildern, verstrickt sich die Ampel-Koalition in Ankündigungen und Einzelmaßnahmen. Statt einer Politik der Konsolidierung häuft die Ampel-Koalition Rekordschulden an und umgeht die Schuldenbremse ohne Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität der deutschen Wirtschaft durch Reformen zu steigern. Die Verbindung aus SPD, Grünen und FDP droht zu einer Stagflations-Koalition zu werden – mit Niedrigwachstum und Mega-Inflation. Deshalb ist jetzt ein schnelles, durchgreifendes politisches Handeln gefragt und ein wirkungsvoller Schutzschirm gegen die Inflation zu spannen.

- II. Daher fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,
1. die sog. kalte Progression komplett zu neutralisieren und dazu den Einkommensteuertarif an die Preisentwicklung anzupassen, um über steigende Nettolöhne der Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale entgegenzuwirken;
 2. den Preisdruck bei Energieerzeugnissen zu senken, indem passgenaue Möglichkeiten zur Entlastung besonders betroffener Bürgerinnen und Bürger gefunden werden. Das heißt insbesondere dafür zu sorgen, dass die Energiepauschale auch im eigenen Haushalt lebenden Studenten, Rentnern, jungen Familien und anderen Beziehern von Leistungsersatzleistungen zugutekommt. Daneben bedarf es befristeter Energie-, Strom- und Umsatzsteuersenkungen – insbesondere auch für Kraftstoffe – für die Jahre 2022 und 2023 (siehe Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Für eine sichere, bezahlbare und souveräne Energieversorgung“ auf Drucksache 20/1016). Hierzu gehört auch eine echte und dauerhafte Entlastung für Pendler, indem über die Anhebung der einkommensteuerrechtlichen Entfernungspauschale auf 0,38 EUR/km hinaus diese dynamisch in Abhängigkeit vom jeweils geltenden CO₂-Preis nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) weiterentwickelt wird;
 3. darüber hinaus weitere strukturelle Maßnahmen zu ergreifen, die einen wesentlichen Beitrag zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und langfristiger Preisstabilität leisten (siehe Vorschläge der Fraktion der CDU/CSU in ihrem Antrag „Sofortprogramm für Unternehmen und Beschäftigte“ auf Drucksache 20/1499). Dazu zählt u. a. eine Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, der konsequente Abbau von Bürokratie und Investitionshemmnissen sowie Anreize für Innovation und Investition in der privaten Wirtschaft;
 4. den Preisdruck bei allen (Verbrauchs-) Gütern durch ein erweitertes Angebot dadurch zu senken, dass bereits verhandelte Handelsabkommen wie CETA umgesetzt, neue Handelsabkommen insbesondere mit den USA, dem Vereinigten Königreich, Australien, Neuseeland und dem gemeinsamen Markt Südamerikas (Mercosur) geschlossen und keine neuen Handelshemmnisse aufgebaut werden;
 5. dass diese sich geschlossen und entschieden in Brüssel dafür einsetzt, dass auf die geplante Stilllegung von 4 Prozent der Ackerflächen im Rahmen der GAP-Reform ab 2023 vorerst verzichtet wird, und die ökologischen Vorrangflächen in Deutschland für den Anbau aller Feldfrüchte einschließlich des Einsatzes von erforderlichen Pflanzenschutzmitteln zur Futter- und Nahrungsmittelproduktion freigegeben werden (siehe Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Der Ukraine jetzt und in Zukunft helfen, Nahrungsmittelversorgung in der Welt sicherstellen sowie europäische und deutsche Landwirtschaft krisenfest gestalten“ auf Drucksache 20/1336);
 6. sich im Rat der Europäischen Union entschieden dafür einzusetzen, dass Legislativvorhaben der Europäischen Union, die zu weiteren Belastungen durch politische Regulierung führen, im Rahmen eines Belastungsmoratoriums unterbleiben bzw. um zwei Jahre zurückgestellt werden;
 7. die grundgesetzliche Schuldenbremse ab dem nächsten Jahr wieder einzuhalten sowie auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt wieder in Kraft gesetzt und durchgesetzt wird.

Berlin, den 10. Mai 2022

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion